



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/57 - 9.3.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Nach dem Bescheid von Karlsruhe	S. 1
Europäische Wohnungsnot	S. 3
Der Kanzler und die Saar	S. 5
Karl Marx und die heutige Zeit <i>KS 1947.</i>	S. 6

## Die Verfassungsmäßigkeit der Verträge steht noch offen

(sp) Wie aufgrund der Bestimmungen des Grundgesetzes und des Gesetzes über das Verfassungsgericht zu erwarten war, ist die sogenannte Klage der Koalitionsparteien vom zweiten Senat in Karlsruhe als unzulässig abgelehnt worden. Die gleiche Entscheidung fiel über den juristisch noch unhaltbareren "Hilfsantrag". Niemand, dem es ernst mit dem Recht und mit der Unabhängigkeit des Gerichts ist, konnte über den Inhalt dieser Entscheidung Zweifel haben, nachdem der erste Senat sich bereits im vergangenen Jahr auf den Standpunkt gestellt hatte, daß ein vorbeugendes Normenkontrollverfahren nicht zulässig ist.

Wie aus der Begründung hervorgeht, haben auch die Richter des zweiten Senats über den Wortlaut des Antrages der Koalitionsparteien hinaus auf die tatsächlich zur Entscheidung stehende Frage Bezug nehmen müssen, um zu einem nur rechtlich begründeten Spruch kommen zu können. Soweit dieser Spruch bestätigt, daß eine parlamentarische Mehrheit nicht durch eine ihren Rechtsstandpunkt vertretende Minderheit gefährdet werden kann und daß Feststellungen des Bundestagspräsidenten über die Qualifikation einer Mehrheit bei einer Abstimmung keine verfassungsrechtlichen Wirkungen haben, ist kein Kommentar notwendig. Was die Frage der Zulässigkeit oder der Möglichkeit des vorbeugenden Normenkontrollverfahrens angeht, so liegt hier ein Problem, das später einmal erörtert werden muß, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen,

das Parlament vor Entscheidungen über Gesetze zu stellen, deren Verfassungswidrigkeit dann nachträglich bestätigt wird. Jetzt gilt es auch die letzte verfassungsgerichtliche Entscheidung in allen ihren Punkten zu akzeptieren und die Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit der deutsch-alliierten Verträge auf den nach den Karlsruher Urteilen möglichen Wegen zu suchen.

Geht es der Regierung und den Koalitionsparteien, wie der DUD behauptet, wirklich um eine Klärung dieser Frage, dann steht einem gemeinsamen Antrag von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung um ein Gutachten nichts im Wege. Aber darum geht es wohl weder dem Palais Schaumburg, noch der Koalition; denn von diesen Stellen wird bereits erklärt, nun sei der Weg für die Ratifizierung frei. Das ist gelinde gesagt eine Unwahrheit. Mit der Mehrheit der Koalition läßt sich wohl im Widerspruch zur gegebenen verfassungsrechtlichen und politischen Verantwortung nun die dritte Lesung erzwingen, aber nicht die Ratifizierung, die verfassungsrechtlich erst mit der Ausfertigung der Urkunden durch den Bundespräsidenten und völkerrechtlich erst mit der Hinterlegung dieser Urkunden erfolgt. Bevor das geschieht, ist über die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Verträge durch das Verfassungsgericht zu entscheiden.

Die Bonner Koalition, wenn sie nicht zu einem gemeinsamen Gutachtenantrag unter Aussetzung des parlamentarischen Verfahrens bereit ist, übernimmt die volle Verantwortung dafür, wenn diese Entscheidung eine von der Bundestagsmehrheit gefällte Entscheidung rechtlich unwirksam macht. Kommt es vor dem von Karlsruhe für ein Normenkontrollverfahren bejahten Zeitpunkt nicht auf einem anderen Weg zu einem verfassungsgerichtlichen Urteil, dann ist für die SPD die Feststellungsklage selbstverständlich; denn es geht um die Klärung einer rechtlichen Frage. An der Auffassung der SPD, daß die Verträge mit der gegenwärtigen Fassung des Grundgesetzes nicht zu vereinbaren sind, hat sich nichts geändert und es hieße eine Verletzung des Grundgesetzes sanktionieren und damit an dieser Verletzung die Mitschuld übernehmen, wollte die Sozialdemokratie aus ihrer Rechtsauffassung nicht die rechtlichen Konsequenzen ziehen. Mögen andere Parteien und Minister verfassungsrechtliche Fragen und verfassungsgerichtliche Verfahren nach Gesichtspunkten der politischen Zweckmäßigkeit beurteilen. Für die deutsche Sozialdemokratie ist es eine Pflicht, alles zu tun, um über die Einhaltung der Bestimmungen des Grundgesetzes bei der Gesetzgebung zu wachen und das gerade, wenn diese Gesetzgebung internationalen Verträgen gilt.

## In Westeuropa fehlen zehn Millionen Wohnungen

### Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Nach den letzten Angaben, die über den Wohnungsmangel in den fünf volkreichsten westeuropäischen Ländern sowie in Österreich und Italien vorliegen, sind die Resultate, die im Ersatz zerstörter und baufällig gewordener Häuser erzielt wurden, enttäuschend gering. Fehlten in Grossbritannien, Frankreich, Belgien, Holland und Westdeutschland (einschliesslich West-Berlin) unmittelbar nach Kriegsende insgesamt etwas mehr als 11.5 Millionen Wohnungen, so beläuft sich heute der ungedeckte Bedarf in diesen Staaten noch auf mindestens 10.7 Millionen Wohnungen. Im russisch besetzten Teil Deutschlands fehlen rund 1.5 Millionen Wohnungen und in Österreich mehr als 400 000. Italien schliesslich hat auch bei Berücksichtigung der südländischen Anspruchslosigkeit ein Defizit von mehr als 2.6 Mill. Wohnungen. Betroffen vom Wohnungselend sind somit in den genannten Ländern nahezu 50 Millionen Menschen.

### Bundesrepublik hält den Rekord in Wohnungsnot

Der Mangel an Wohnungen ist mit ungefähr 4.5 Millionen unbestritten am grössten in der deutschen Bundesrepublik, die seit 1945 einen beispiellosen Zustrom von Flüchtlingen aus Ostdeutschland und aus den volkreichen deutschen Siedlungsgebieten in Osteuropa erlebt hat und auch heute noch als Aufnahmegebiet von Flüchtlingen in Europa an erster Stelle steht. Mehr als drei Mill. Wohnungen zu wenig hat Frankreich, etwa 2.5 Mill. fehlen in Grossbritannien. Neu gebaut worden seit Sommer 1945 in Westdeutschland rund eine Million Wohnungen, in Frankreich knapp 300 000; im Krieg zerstört oder schwer beschädigt waren jedoch 1945 allein in Westdeutschland weit mehr als fünf Millionen Wohnungen und in Frankreich ungefähr 1.100.000. Zieht man den alljährlich durch Bevölkerungsvermehrung und natürlichen Häuserzerfall neu entstehenden normalen Bedarf in Betracht, so ergibt sich, dass von den in der Kriegszeit zerstörten Häusern und Wohnungen selbst in Westdeutschland, wo die Bautätigkeit seit 1950 am regsten gewesen ist, nur ein sehr bescheidener Bruchteil ersetzt ist. In Frankreich aber sind in den letzten sieben Jahren durch Überalterung mehr Häuser baufällig geworden als gebaut worden sind, und das Wohnungselend hat sich nicht nur in den grossen, sondern auch in den kleineren Städten verhängnisvoll verschärft.

### Absinken der Wohnkultur

Auch in Grossbritannien ist, obwohl dort im Unterschied zu Frankreich und Deutschland eine nennenswerte Bevölkerungszunahme oder Bevölkerungsvermehrung ausgeblieben ist, der Neubau von Wohnungen hinter den 1945 und 1946 gehegten Erwartungen stark zurückgeblieben. So sind seit 1950 nur etwas mehr als 630 000 Wohnungen neu geschaffen worden, während in der gleichen Zeit rund 300 000 Wohnungen die "Altersgrenze" erreicht hatten und eigentlich hätten abgeschrieben werden sollen. Der tatsächliche Zuwachs an einwandfreien Wohnungen ist also in den letzten drei Jahren sehr mässig gewesen und hat sich auf nur 330 000 Wohnungen belaufen, was bei einem Defizit von 2.5 Millionen Familien-Unterkünften nicht stark ins Gewicht fällt. Die Folgen der Wohnungsnot, die in Grossbritannien ähnlich wie in Frankreich in immer grösserem Ausmass zur Bewohnung abbruchreifer Häuser und damit zu einem ständigen Absinken der Wohnkultur geführt haben, werden seit einiger Zeit in der englischen Öffentlichkeit lebhaft erörtert. Dabei wurde u.a. festgestellt, dass rund 1.300.000 Ehepaare zum Zusammenwohnen mit Eltern oder mit dem Vater oder der Mutter eines der Ehegatten gezwungen sind. Auch die auf-

fallende Abnahme der Kinderzahl in den neueren Ehen - die Familien mit fünf und mehr Kindern machen nur noch vier Prozent aller Familien aus, gegenüber 20 Prozent im Jahre 1914 - erklärt man in England fast ausschliesslich mit dem Mangel an Wohnungen und mit der Aussichtslosigkeit, je ausreichend grosse Unterkünfte zu einem erschwinglichen Mietpreis zu erhalten.

### Ungleiche Bautätigkeit

Verglichen mit dem Stand von Anfang 1946 hat sich der Wohnungsmangel in Frankreich infolge einer ungemein schwachen Bautätigkeit bedeutend verschärft, in Grossbritannien um etwa 15 Prozent gemildert und in der deutschen Bundesrepublik unter der Wirkung des Zustroms von Flüchtlingen und Ausgewiesenen verschlimmert. Günstiger ist die Entwicklung in den Niederlanden und in Belgien verlaufen, wo bereits 1951 der weitaus grössere Teil des kriegszerstörten oder in der Kriegszeit verfallenen Wohnraumes ersetzt war; doch hat in letzter Zeit Holland wieder einen bedenklichen Rückschlag durch die Flutkatastrophe erlitten, die einen zusätzlichen Neubau von etwa 40.000 Wohnungen erzwingen wird. Weder verschlimmert noch gebessert hat sich das Wohnungselend in Österreich, das im Krieg rund 200 000 Wohnungen, davon die Hälfte in Wien, eingebüsst hat. Italien baut zurzeit jährlich 100 000 bis 115 000 Wohnungen, wovon 40 000 auf den subventionierten Wohnungsbau des staatlichen Fanfani-Planes entfallen, doch scheiden allein aus "Altersgründen" pro Jahr 80 000 Wohnungen aus, und die natürliche Bevölkerungsvermehrung ist derart, dass sie einen jährlichen Zuwachs von ungefähr 65 000 Wohnungen erfordern würde. Unter diesen Umständen nimmt die Wohnungsnot in Italien ständig zu, und die Behörden müssen zugeben, dass bereits jetzt mehr als fünf Millionen Italiener nicht nur in defekten, sondern in gesundheitschädlichen und menschenunwürdigen Behausungen leben, zum Beispiel rund 800 000 in Höhlen, Schilfhütten und Bretterbuden.

### Grossbritannien an der Spitze der Wohnnotbekämpfung

Zieht man aus der Entwicklung seit Sommer 1945 das Fazit, so ergibt sich, dass das in den Kriegsjahren beispiellos verschärfte westeuropäische Wohnungselend nur in Grossbritannien, Holland und Belgien mit einigen Erfolg bekämpft worden, in den anderen grösseren Ländern aber entweder unverändert gelieben ist oder sich gar verschlimmert hat. In Westdeutschland, wo dem Neubau von einer Million Wohnungen seit Sommer 1945 der Zustrom der grossen Masse der insgesamt 8.2 Millionen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge und ein natürlicher Bevölkerungszuwachs von etwa 1.4 Millionen Menschen gegenübersteht, hat der ungedeckte Wohnraumbedarf seit Kriegsende sogar bedeutend zugenommen; denn mehr als 800 000 Wohnungen hätten schon unter normalen Verhältnissen im Hinblick auf die Bevölkerungsvermehrung und zum Ersatz der alljährlich veraltenden Unterkünfte errichtet werden müssen. In Frankreich, dessen Einwohnerzahl seit 1946 um 1.2 Millionen zugenommen hat, ist die Bautätigkeit seit 1946 hinter dem neu entstandenen Bedarf sogar im Verhältnis von 1 : 3 zurückgeblieben, in Italien im Verhältnis 10 : 18.

Der öffentliche Aufwand zur Bekämpfung der Wohnungsnot hat sich im Durchschnitt der letzten Jahre in den Ländern, die in dieser Übersicht genannt sind, auf den Gegenwert von knapp 1.5 Milliarden Dollar belaufen und müßte ungefähr verdoppelt werden, um dem katastrophalen Niedergang der europäischen Wohnkultur wirksam zu begegnen. Schwerlich kann bestritten werden, daß die in Westeuropa bisher für den sozialen Wohnungsbau eingesetzten öffentlichen Mittel in keinem gesunden Verhältnis stehen zu den gleichzeitigen gewaltigen Ausgaben für die äussere und militärische Sicherheit. Keine militärische Rüstung aber gewährt eine "Sicherheit", wenn die Erschütterung der inneren und sozialen Lebenskraft der Völker fort dauert, die vom Millionenheer der Wohnungslosen ausgeht.

Wird der Kanzler Mommer antworten ?

(sp) Für den Bundestag ist es eine selbstverständliche Pflicht, darüber zu wachen, daß sich die Regierung nicht aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit oder diplomatischer Taktik auf den Weg der Vorspiegelung von Tatsachen begibt. Ein Parlament, dessen Mehrheit einen solchen Weg bewußt oder fahrlässig billigen würde, hätte kein Recht mehr den Anspruch zu erheben, die Vertretung des Volkes zu sein. Es liegt beim Bundeskanzler, die in diesen Worten gegenüber der Regierung und ihren Parteien zum Ausdruck kommenden Zweifel zu beseitigen. Wir denken dabei zunächst an die Erklärung des Bundeskanzlers, die Regierung habe gegen das Verbot des Bergarbeiterverbandes an der Saar protestiert. Zahlreiche Zwischenrufe haben den Bundeskanzler gefragt, wo dieser Protest erfolgt sei. Dr. Adenauer gab keine Antwort. Auch andere zuständige Stellen blieben die Antwort schuldig und der SPD-Abgeordnete Dr. Mommer hat - ein unerhört schwerer Vorwurf - den Bundeskanzler beschuldigt, er habe gelogen. Er, Mommer, erwarte angesichts dieser seiner Behauptung eine Klage des Kanzlers. Adenauer wird also sehr klar antworten müssen, wenn er die erneuten Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit beseitigen will.

Bei dieser Klarstellung sollte der Bundeskanzler auch nicht eine eindeutige Erklärung über das Junktim zwischen der Anerkennung des gegenwärtigen Saar-Status und der Ratifizierung der Verträge durch die französische Nationalversammlung vergessen. Vor dem Bundestag erklärte er, es stehe nicht fest, daß ein solches Junktim in Paris hergestellt worden sei. Bidault, mit dem Adenauer in Rom konferierte, sagte einen Tag später das Gegenteil. Ähnlich liegen die Dinge bei der unterschiedlichen Interpretation der Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag. Wenn es zutrifft, daß der französische Außenminister ihre Annahme als Vorbedingung für die Ratifizierung des Vertrages ansieht, und wenn es richtig ist, daß das dem Bundeskanzler sowohl von Bidault als auch von François-Poncet erklärt wurde, dann erhebt sich auch hier wieder die bewußte peinliche Frage, denn Dr. Adenauer will von alledem nichts wissen.

Der Bundeskanzler hat aus ähnlichem Anlaß einmal den Ausweg gewählt zu erklären, er müsse es den um Aufklärung Ersuchenden überlassen, ob sie dem französischen Außenminister oder dem deutschen

Bundeskanzler mehr Glauben schenken - eine wenig überzeugende, dafür umso taktlosere Antwort im Blick auf seinen ausländischen Partner, dem damit mittelbar die geringere Glaubwürdigkeit zugeschoben werden soll. Zu solcher Überheblichkeit liegt wahrlich kein Anlaß vor.

Ein Mann wie der Bundeskanzler, der so schnell bereit ist, seinen politischen Gegnern "politische Brunnenvergiftung" vorzuwerfen, ohne diesen Vorwurf dann aufrecht erhalten zu können, sollte selbst in besonderem Maße die Pflicht respektieren, nur Erklärungen abzugeben, die unantastbar sind. Andernfalls läuft er Gefahr, entsprechend eingeschätzt zu werden.

+ + +

### Karl Marx und die heutige Zeit

Am Sonnabend, dem 14. März, findet in Trier, anlässlich des 70jährigen Todestages von Karl Marx eine Gedenkfeier statt, an der Abordnungen vieler sozialistischer Parteien teilnehmen. An der Spitze der deutschen Delegation steht Erich Ollenhauer, Vorsitzender der SPD. Die Gedenkrede wird Prof. Stammer, Berlin, halten. Im nachfolgenden veröffentlichen wir auszugsweise eine 1947 bei der Eröffnung des Karl Marx-Hauses von Kurt Schumacher gehaltene Rede, in der der verstorbene Führer der deutschen Sozialdemokratie das Lebenswerk und die Bedeutung von Karl Marx für die heutige Zeit würdigte.

"Was ist nicht alles gegen Karl Marx aufgerufen worden: Die Sittlichkeit, die Religion, die Philosophie und alle Arten von Wissenschaften. Sie haben aber nur gegen den Karl Marx gekämpft, den sie sich selbst zurechtgemacht hatten, und selten gegen den Mann, wie er wirklich war. Aus dem ganz undogmatischen Marx wurde versucht, ein Lehrgebäude von Dogmen zu schaffen. Um einen Katechismus ist gekämpft worden im Namen eines Mannes, der gegen jede Katechisierung war. Karl Marx ist kritisch bis zur letzten Konsequenz. Das bedeutet, daß er antidogmatisch und nicht einmal im gewöhnlichen Sinne des Wortes skeptisch ist, daß er sich niemals ins Grenzenlose und Jenseitige verliert. Er versucht, die Logik der Dinge aufzuspüren, eine Analyse der Kräfte seiner Zeit und der Zukunft zu geben, die Bewegungsform des Kapitalismus zu ergründen. Dabei tut er niemals den Dingen Gewalt an, sondern erforscht, welche Tendenzen sie in sich tragen. Aus Marx hat man alles herausgelassen und dabei überschen, daß es verschiedene Stufen seiner Erkenntnis gibt und Variationen, die sich aus der Verschiedenartigkeit der Objekte seiner Studien ergeben. Deutsche Politik, französische Revolution und englische Wirtschaft sind eben jeweils etwas anderes. Es ist ohne Zweifel ein schwerer Schaden, daß uns Karl Marx keine Staats- und Gesellschaftslehre hinterlassen hat und daß der Marxismus sie auch nur in Bruchstücken entwickeln konnte. Die

Monopolisierung des Marxismus zu einer Staatsreligion ist der Tod des Geistes, aus dem Karl Marx geforscht und gelebt hat.

So wird die Wissenschaft zur bloßen Propaganda. Man kann auch mit dem enormen sachlichen Fundus von Spezialgelehrten und der ungeheuerlichen Apparatur von Staaten nur Bestandteil eines reinen Propagandaapparates sein. Deswegen haben wir oft die dialektische Methode zu Kunststückchen, zu Zwecken der Rechtfertigung praktischer Macht politik entarten sehen. Mit diesen Methoden hat man den dialektischen Materialismus mißbraucht und als Marxismus viel angepriesen, was Karl Marx und seinem Geiste fremd ist. Damit ist man zu einer Anbetung der brutalen Gewalt gekommen, für die in der marxischen Vorstellungswelt keine Grundlage vorhanden ist. Marx lebt als Methode! Nicht die Ergebnisse seiner Forschungen sind entscheidend, sondern die Art, wie er zu diesen Ergebnissen gekommen ist.

Die veränderte Rolle des Staates in der Wirtschaft, die Entwicklung der Technik, die industriellen und politischen Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts haben veränderte Beziehungen der Arbeiterklasse zu Staat und Nation und den Werten der Menschheit geschaffen. Die Umwelt hat sich verändert und der Standort, die Art und die Zusammensetzung der arbeitenden Massen auch. Die geistige Entwicklung und politische Reife der Massen hält mit der tatsächlichen Umwälzung nicht mehr Schritt. Die Welt von früher gibt es nicht mehr, und doch ist sie im Bewusstsein der Menschen noch da und spielt ihre antirevolutionäre Rolle.

Karl Marx hat auf die Bedeutung des ideologischen Überbaues, seine Tendenz zur Verselbständigung und zur Rückwirkung aufmerksam gemacht. Die Politik droht sich in einen Krieg der Ideologien zu verlieren, und hinter der Kampffront versucht der Restkapitalismus in Europa sich den Besitz der Wirtschaftsgewalt zu sichern und damit auch das Gesicht des Staates zu bilden. Wie groß und verhängnisvoll diese Spannungen zwischen gesellschaftlichem Sein und politischem Bewußtsein werden können, zeigen die verschiedenen Wege, auf denen Demokratien zu totalitären Staaten umgeformt worden sind. Ohne diese Spannungen und das Nichtbegreifen des geschichtlichen Entwicklungsprozesses wären auch in Deutschland die Nazis nicht ans Ruder gekommen. Mit marxistisch klingenden Begründungen hat man der Gegenrevolution Steine aus dem Wege geräumt, indem man die Übergangsformen zu einer neuen Gesellschaftsordnung in manchen Ländern nicht erfolgreich verteidigt hat. Wie vor 1933 droht auch heute von der Verkennung dieser Wechselbeziehungen die entscheidende politische Gefahr".

+ + +